

Radio-SRF, Echer der Zeit mit Matthias Kündig.  
Und das beschäftigt uns am Samstag, dem 23. September.  
Seit kurzem erhalten in der Schweiz Frauen und Mädchen aus Afghanistan  
rasch eine Aufenthaltsbewilligung.  
Doch dagegen formiert sich Widerstand.  
Wie ist das zu vereinbaren mit einer Gleichbehandlung,  
mit einer Iranerin beispielsweise,  
die eben auch unter einem Regime leidet, aufgrund ihres Geschlechts?  
Sagt die FDP-Nationalrätin Susan Winzenstaufacher.  
Dann Russlands Verteidigungsausgaben steigen  
und die Bevölkerung wird auf einen langen Krieg vorbereitet.  
Droht gar ein heißer Krieg mit der NATO.  
Geologen von Putin sagen schon seit ca. 10 Jahren,  
dass sie nicht aus der Bedeutung eines großen Krieges  
in den 20. Jahren sind.  
Schon seit 10 Jahren sagen Putin die Dialogen,  
dass ein großer Krieg unvermeidig sei,  
sagt der russische Soziologe Grigory Judin.  
Und die Windkraft und die Schweiz.  
Hierzulande werden zwar wichtige Komponenten für Windräder entwickelt,  
aber verbaut werden diese v.a. in Windparks im Ausland.  
Wir müssen investieren,  
aber auch viel Energie und viel Geld,  
um heute ein Parkiolien zu entwickeln.  
In der Schweiz braucht es sehr viel Geld und Energie,  
um einen Windpark zu realisieren,  
sagt Florence Schmidt von Romo Denechi.  
Im ehemaligen Zeit.  
Wir beginnen mit der Nachrichtenübersicht des Tages von Sandro Peter.  
Erstmals seit dem militärischen Angriff  
als Erweidschancer von Anfangwochen  
hat ein Hilfskonvoi des Internationalen Komites vom Roten Kreuz  
die Region Berg-Karabach erreicht.  
Der Konvoi habe die Grenze zwischen Armenien und Aserbaidshan  
überquert, berichten verschiedene Nachrichtenagenturen.  
In Berg-Karabach fehlt es den Menschen,  
gemäß der Agentur Reuters,  
an Lebensmitteln, Strom oder Treibstoff.  
Berg-Karabach liegt auf dem Staatsgebiet von Aserbaidshan,  
wird aber mehrheitlich von Armenierinnen und Armeniern bewohnt.  
Anfangwoche hat Aserbaidshanberg Karabach angegriffen.  
Am Mittwoch vereinbarten die Konfliktparteien eine Waffenruhe.  
Armenische Kämpfer haben laut russischen Angaben  
offenbar damit begonnen, ihre Waffen abzugeben.

Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki hat den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenski erneut kritisiert. Selenski dürfe Polen nie wieder beleidigen, wie er es kürzlich getan hatte, sagte Morawiecki laut der polnischen Nachrichtenagentur PAP. Bei der UNO-Generaldebatte hat Selenski Polen als Russland freundlich kritisiert, wegen des Streits um ukrainisches Getreide. Polen sowie die Slowakei und Ungarn hatten einen Importverbot für Getreide aus der Ukraine in Eigenregie verlängert. Sie wollen so ihre eigene Landwirtschaft schützen. Die Ukraine hat die drei Länder deshalb bei der Welthandelsorganisation angeklagt. Am Parteitag der Deutschen CSU in München ist Markus Söder als CSU-Präsident bestätigt worden. Die Parteimitglieder haben Söder mit einem Rekordergebnis wiedergewählt, mit über 96 Prozent der Stimmen. Söders Wiederwahl geschah kurz vor den Landtagswahlen in Bayern. In zwei Wochen wählt das Bundesland ein neues Parlament. Der Autofrachter, der vor der niederländischen Küste gebrannt hatte, ist im Hafen von Rotterdam angekommen. Das avarierte Schiff wurde von mehreren Schleppern dort hingebacht, berichten Nachrichtenagenturen und örtliche Medien. Das Schiff soll in Rotterdam untersucht und nach Möglichkeit wieder flott gemacht werden. Auf dem Autofrachter Freemantle Highway war vor rund zwei Monaten ein Feuer ausgebrochen. Dieses hatte tagelang im Innern des Schiffes gewütet. Die Brandursache ist nach wie vor unklar. Die einzige Straße ins Kalankertal im Kanton Graubünden ist derzeit gesperrt. Ein Erdbeben hat die Straße verschüttet, berichtet das Radio- und Fernsehen der italienischsprachigen Schweiz. Das Tal sei deshalb von der Außenwelt abgeschnitten. Rund 350 Menschen seien isoliert. Die Behörden schätzen, dass zwischen 100 bis 300 Kubikmeter Gestein und Schutt abgebrochen sind, wohl aufgrund der starken Regenfälle. Laut den Angaben bleibt die Straße sicher, bis morgen Abend für den Verkehr gesperrt. Chinas Staatschef Xi Jinping hat in der Stadt Hangzhou

die 19. Ausgabe der Asienspiele eröffnet.

Vor 80.000 Zuschauerinnen und Zuschauer marschierten die über 12.400 Teilnehmenden Athletinnen und Athleten aus 45 Ländern ein.

Zum Vergleich.

An den Olympischen Sommerspielen in Paris im nächsten Jahr werden rund 10.500 Sportlerinnen und Sportlerteil nehmen.

Die Asienspiele werden alle vier Jahre ausgetragen.

Diese Ausgabe wäre schon 2022 geplant gewesen, wurde aber wegen der Corona-Pandemie verschoben.

Sie dauern bis zum 4. Oktober.

Wir bleiben beim Sport an den Rade-Europameisterschaften in der Niederlande fahren die Schweizerinnen zwar.

Aber für einen Podestplatz reicht es nicht.

Adrian Wickey.

Sowohl Ellis Schabe wie auch Marlen Reuser

haben immer wieder attackiert,

waren in Spitzengruppen dabei.

Das extrem starke niederländische Team

konnte aber alle Angriffe neutralisieren.

Den Titel holte sich Misha Bredewold aus den Niederlanden.

Ellis Schabe ist die bestplatzierte Schweizerin als 6.

Marlen Reuser fährt auf Platz 13.

Beim Formel 1 Qualifying in Japan fährt Max Verstappen

auf Red Bull die schnellste Zeit

und startet morgen aus der Poleposition ins Rennen.

Neben ihm und zum ersten Mal in der Frontreihe

ist Oskar Bjastri auf McLaren.

In der zweiten Reihe sind Lando Norris ebenfalls auf McLaren

und der Ferrari-Fahrer Charles Leclerc.

Und in der deutschen Fußballbundesliga

verlieren die Teams der beiden Schweizer Trainer.

Das frische Union Berlin kassiert beim 0 zu 2 gegen Hoffenheim,

die dritter Niederlage in Serie und weiterhin nicht vom Fleck kommt.

Gerardo Zechner mit Mönchen Glabbach,

das zu Hause gegen RB Leipzig, mit 0 zu 1 verliert.

Zurück zu Sandro Peter.

Er weiß, wie sich das Wetter entwickelt.

Heute Abend sind neben einigen sonnigen Phasen

vor allem im Norden teils weitere Schauer möglich.

Morgen ist es meist sonnig,

lokale Nebelfelder und Hochnebel im Osten

lösen sich am Vormittag auf.

Die Höchstwerte liegen morgen mit mäßiger Biese

um 20 Grad im Süden bei 23 Grad.  
Die Chance in der Schweiz Asyl zu erhalten,  
hat sich für Frauen und Mädchen aus Afghanistan erhöht.  
Das Staatssekretariat für Migration  
hat seine Praxis vor Kurzem geändert.  
Grund ist die Gesetzgebung der Taliban in Afghanistan,  
die Frauen diskriminiert.  
Mit der Praxisänderung des SEM  
verfolgt das Staatssekretariat  
aber auch eine Empfehlung der europäischen Asylagentur.  
Doch bei einigen Schweizer Politikern  
stößt die Änderung auf Widerstand,  
vor allem in den Reihen der SVP und der FDP.  
FDP-Präsident Thierry Burghardt hat seine Kritik heute  
in der Samstagsrundschau von Radio SRF erneut bekräftigt.  
Es gibt aber auch Gegenstimmen aus anderen Parteien.  
Inlande Raktorin Andrea Jacke berichtet.  
Die Bilder und Meldungen wühlen auf.  
Frauen in blauen Gewänden,  
bodenlang vor den Augen nur ein Stoffgitter.  
Von Bildung bei Rufstätigkeit medizinischer Versorgung  
weitgehend ausgeschlossen.  
Keine eigenen Rechte.  
Dass die Situation für Frauen in Afghanistan unhaltbar ist,  
das bezweifelt niemand.  
Auch Susanne Winsens Staufacher nicht,  
die Präsidentin der Schweizer FDP-Frauen.  
Doch dass das Staatssekretariat für Migration Kotzem  
seine Praxis geändert hat,  
das stößt Winsens Staufacher sauer auf.  
Mir erschließt sich der Sinn dieser Praxisänderung nicht wirklich.  
Es steht außer Frage,  
dass selbstverständlich diese Frauen aus Afghanistan  
einen Fluchtgrund haben und Schutz benötigen.  
Aber das ist schon unter der alten Praxis,  
oder mindestens sollte unter der alten Praxis schon möglich sein.  
Das heißt, die Sankt Galla Nationalrätin versteht nicht,  
warum Frauen aus Afghanistan  
nicht bereits unter der bisherigen Praxisasyl erhalten haben.  
Bis jetzt hätten sie eine vorläufige Aufnahme erhalten,  
erklärt Reto Korman vom Staatssekretariat für Migration.  
Fast 3.100 Frauen aus Afghanistan leben mit diesem Status in der Schweiz.  
Die vorläufige Aufnahme werde regelmäßig überprüft.  
Da sich die Situation in Afghanistan speziell für Frauen und Mädchen

so verschlechtert habe,  
habe man nun die Praxis angepasst.  
Die Frauen können Asyl erhalten,  
damit könne man in der Schweiz bleiben.  
Korman betont aber auch ...  
Ich führe mit jeder Frau, die in der Schweiz lebt,  
als Afghanin, ein reguläres Asylverfahren durch  
und selbstverständlich prüfen wir auch im Rahmen  
dieses Gesuches wirklich jeden Antrag einzeln.  
Also es ist nicht eine Generalamnestie für alle Afghaninnen,  
die in der Schweiz lebt.  
Die FDP befürchtet aber auch,  
dass einerseits durch den Familiennachzug  
afghanischer Männer ebenfalls leichter Asyl in der Schweiz erhalten  
und dass die Schweizer Afghaninnen zu attraktiv werden.  
In der Fachsprache nennt man das den Pull-Effekt.  
Reto Korman vom SEM sagt,  
wenn man eine Asylpraxis ändert,  
geht es nicht darum, den Pull-Effekt zu prüfen,  
sondern eben um die Zustände im Heimatland der Gesuchstellerin.  
Wir folgen da den Beispiel vieler europäischer Länder,  
die diese Praxisänderung bereits durchgeführt haben.  
Wir holen eigentlich nur das nach, was viele andere schon machen.  
Und ich denke, angesichts der humanitären Krise in Afghanistan  
ist das durchaus angezeigt.  
Dass nun wegen dieser Praxisänderung viele Afghaninnen  
aus anderen europäischen Ländern in die Schweiz reisen,  
befürchte Korman auch nicht,  
denn die Schweiz prüfe,  
ob die Person bereits in einem anderen, sicheren Staat  
ein Asylgesuch gestellt hat.  
Wenn das so ist,  
ersucht die Schweiz diesen Staat,  
die Person, auch Frauen, zurückzunehmen.  
Nicht alle bürgerlichen Politiker  
kritisieren die Praxisänderung für Afghaninnen.  
So versteht Marian Binder, Argaua-Meter-Nationalrätin,  
das Gerassel um die Praxisänderung nicht.  
In Anlehnung an den Wahlkampf-Slogan der SVP meint sie.  
Und wenn schon immer kolportiert wird, es kommen zu viele  
und es kommen die falschen, dann frage ich mich dann langsam schon,  
welche sind denn eigentlich noch die richtigen  
und im Falle von afghanischen Frauen,  
die wirklich ein Schicksal erleiden,

das uns ja alle erschüttert,  
dann glaube ich, dass dieser Fokus auf afghanische Frauen  
schon richtig ist.  
Trotzdem wird das Thema wohl noch einen Moment lang weiterdrehen.  
Wahrscheinlich bereits nächste Woche,  
wenn die eidgenössischen Räte in einer Sondersession  
über Zuwanderung und Asyl sprechen.  
Sie hören da sich eure Zeit auf Radio SRF  
mit diesen weiteren Themen.  
Die Wegenspezialoperation, wie der Kreml Russland  
auf einen langen Krieg einstimmt.  
Von wegen Verbündete,  
warum das Verhältnis zwischen Kosovo und der EU angespannt ist.  
Und von wegen Vorreiter bei der Windenergie,  
weshalb Schweizer Windkrafttechnologie  
vor allem im Ausland gefragt ist.  
Russland stellt sich auf einen langen Krieg ein.  
Dieses Jahr sind die russischen Verteidigungsausgaben  
offenbar doppelt so hoch wie ursprünglich geplant,  
nämlich 100 Milliarden Dollar.  
Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters,  
gestützt auf russische Regierungsdokumente.  
Aber auch die russische Gesellschaft  
wird vom Kreml auf einen langen Krieg eingestimmt.  
Vladimir Putin spricht kaum mehr  
von einer kurzen erfolgreichen Spezialoperation,  
sondern von einem existenziellen Kampf gegen den Westen.  
Was genau bezweckt der Kreml damit?  
Und droht tatsächlich ein heiser Krieg gegen die NATO?  
Russland-Korrespondent, kaum mehr kennt sie.  
Als das russische Parlament jüngst über Dispensierungen  
für Familienväter bei einer neuen Mobilmachung diskutierte,  
stellte sich der Abgeordnete Andrei Kartapolov quer.  
Solche Ausnahmen dürfe es nicht geben, so Kartapolov,  
denn der Gesetzesvorschlag sei für den Fall  
eines großen Kriegs geschrieben worden.  
Ein großer Krieg, liege bereits in der Luft,  
sagte Kartapolov, ein Mitglied der Putin-Partei Einiges Russland.  
Kartapolovs Aussagen wurden später  
von anderen Kreml nahen Stimmen relativiert.  
Doch das Dringliche, das sich in den letzten Jahren  
von anderen Kreml nahen Stimmen relativiert,  
doch dass der russische Staat auf einen dauerhaften Kriegszustand  
getrimmt wird, scheint außer Zweifel.

Kartapolov und seine Ratskolleginnen haben die Altersgrenze für wehrpflichtige Männer angehoben und die Strafen für Dienstverweigerer verschärft. Zudem greift nun die elektronische Einberufung. Wer einberufen wird, erscheint in einem Onlineregister und darf das Land nicht mehr verlassen. So will der Kreml eine neue Fluchtwelle vermeiden. Viele Russen ziehen aber weiterhin freiwillig in den Krieg. Denn der Kreml hat den Armee-Dienst zu einer lukrativen Option gemacht. Der einst Bescheidene sollt beträgt nun das Dreifache des russischen Durchschnittslons. Feldeinsoldat an der Front kommen Entschädigungszahlungen hinzu, die ebenfalls erhöht worden sind. Denn innerhalb der wohlhabenden Städte Russlands ist es inzwischen so, dass der Tod eines Soldaten seiner Familie oft mehr Geld einbringt, als wenn dieser als Zivilist bis zur Pensionierung weitergearbeitet hätte. So rechnet es der Ökonom Vladislav Inosiemtsev vor. Inosiemtsev spricht daher von einer Ökonomie des Todes. Auch andere Teile der russischen Wirtschaft dienen weitgehend nur noch dem Krieg gegen die Ukraine. Sie wächst, weil der Kreml seine Geldreserven in die Rüstungsindustrie pumpt. Der Bausektor boomt unter anderem, weil in der besetzten Ost-Ukraine Befestigungsanlagen gebaut und von Russlands zerbompte Städte wiederhergestellt werden. Diese Strategie ist zwar kaum nachhaltig. Russland investiert in Panzer, die in der Ukraine laufend zerstört werden. Dafür wird aber bei Bildung und Infrastruktur gespart, was es für das Regime umso gefährlicher macht, den Krieg zu beenden. Die Umorientierung zu einer Wirtschaft der Friedenszeit wäre schwierig und würde Zeit, Geld und womöglich auch politische Stabilität kosten. Der Kreml hat weitere Gründe, einen permanenten Kriegszustand anzustreben. Putin hofft, dass der Westen und die Ukraine früher oder später einknicken und die Ziele der Invasion doch noch erreicht werden. Der Krieg dient als Rechtfertigung

für die massiv verschärfte Depression  
und mit der durch die Kriegswirtschaft bedingten Umverteilung  
und der Kriegspropaganda will Putin seine Macht festigen.  
Putin betont inzwischen gerne,  
man befinde sich in einem Kampf gegen den kollektiven Westen,  
die Existenz Russlands stehe auf dem Spiel.  
Für viele in der Kremelelite  
und wohl auch für Putin selbst  
ist das aber nicht nur ein Propagandanarativ.  
Sie glauben wirklich daran,  
sagt der russische Soziologe Grigori Judin  
im Gespräch mit Christoph Franzen von SRF Fernsehen.  
Ideologen von Putin sagen schon ca. 10 Jahren,  
dass sie einen großen Krieg gegen die NATO  
für unvermeidlich halten, zu Judin,  
der bis heute in Russland lebt.  
Diese Überzeugung habe auch der Duma-Abgeordnete  
Kartapolov zum Ausdruck gebracht  
und er habe durchbecken lassen,  
dass er in Russland nicht nur in Russland,  
sondern auch in Russland,  
in Russlandside und in Russland gibts auch  
den Duma-Abgeordnete Kartapolov zum Ausdruck gebracht  
und er habe durchbecken lassen,  
dass sich der Kremel mit seiner Umkrepelung von Wirtschaft  
und Gesellschaft für diesen großen Krieg rüste.  
Die entire russische Kino-Ökonomik, die Armee,  
die entire gesamte Bundeskanzlerpratoon  
fährt, ist ein großer Weg in die Kriegsverwaltung.  
Judin hält es für eine reale Gefahr,  
der Invasion der Ukraine schon begonnen,  
seien weitere Eskalationen möglich.  
Trotzdem sei die Strategie des Kremels rational, so Juden.  
Es geht dem Kremel darum, wie zu Sowjetzeiten die Kontrolle über ganz Osteuropa zu erlangen,  
sagt er.  
Putin ist bereiter in viel höheren Preis zu zahlen,  
als es Europa und die USA für die Verteidigung Osteuropas sind.  
Ihm ist es egal, wie viele Menschen und Ressourcen eropfern muss.  
Ich sage nicht, dass sein Plan aufgeht, aber es ist einer, den man beachten muss.  
Das ist kein Plan von Wahnsinnigen.  
Das Volk, so wie die Eliten, sagt der Soziologe Grigori Juden,  
wollten keinen solchen großen Krieg.  
Doch sie fühlten sich machtlos und hielten sich aus der Politik heraus.  
Nicht alle erteilen Judens pessimistische Einschätzung.

Noch gibt es keine konkreten Hinweise darauf,  
dass Russland einen Krieg gegen das NATO-Bündnis plant.  
Für viele Beobachterinnen und Beobachter sind Russlands Provokationen,  
etwa gegen das NATO-Land Polen,  
vorerst ein Versuch, den Willen des Westens die Ukraine zu unterstützen, zu brechen.  
Was angesichts des kriegerischen Kurses des Kremels jedoch klar scheint,  
putzt ihn selbst, ist weit davon entfernt, den Angriff auf die Ukraine zu beenden.  
Kalmer kennt sie.  
Lange galt Kosovo als vertrauenswürdiger und enger Partner der EU und der USA.  
Doch in letzter Zeit ist das Verhältnis angespannt.  
Die EU wirft Kosovo und dessen Prämiminister Albin Kurti für  
sich einer Annäherung an Serbien zu verschließen.  
So gab die EU Kurti die Schuld dafür,  
dass die jüngste Gesprächsrunde zwischen Kosovo und Serbien in Brüssel gescheitert ist.  
Albin Kurti hingegen weifte EU vor,  
sich in den Verhandlungen auf die Seite Serbiens zu stellen.  
Der Bericht von Janis Farland.  
Der EU außen beauftragte Josep Borrell  
wollte vor zehn Tagen nach dem Scheitern  
einer weiteren Gesprächsrunde in Brüssel deutliche Worte.  
Leider sei Albin Kurti nicht bereit gewesen,  
bei den Verhandlungen einen Schritt weiterzugehen.  
Der serbische Präsident Alexander Wucic  
habe dagegen dem Vorschlag der EU  
zur Umsetzung des mündlich bereits vereinbarten Normalisierungsprozesses zugestimmt.  
Ein Prozess, der eigentlich das Verhältnis der beiden Nachbarländer  
langfristig regeln sollte.  
Die Aussagen Borrells zeigen,  
bei der EU scheint sich der Eindruck zu manifestieren,  
dass Kosovo's Prämiminister Albin Kurti  
für die Rückschritte in den Gesprächen verantwortlich ist.  
Die EU, wie auch die USA,  
setzen Kosovo daher seit längerem Unterdruck  
und haben bereits im Juni Strafmaßnahmen gegen das Land verhängt.  
Doch auch auf kosovarischer Seite  
ist das Misstrauen gegenüber der EU groß.  
So bezeichnete Prämiminister Albin Kurti  
den EU-Sonderbeauftragten für den Belgrad-Pristina-Dialog  
Miroslav Leitschak als Partei.  
Statt das neutrale Vermittler die Gespräche zu leiten,  
vertrete Leitschak einseitig die serbischen Forderungen.  
Mit dieser Aussage dürfte Kurti in Kosovo  
durchaus Unterstützung haben,  
denn dort stören sich viele daran,

dass mit Leitschak ausgerechnet ein Slovake die Verhandlungen leitet.  
Denn die Slovakia kennt, wie vier weitere EU-Staaten Kosovo nicht als unabhängiges Land an.  
Auch verstehen viele nicht, weshalb der Westen derzeit vor allem Druck auf Kosovo ausübt, während doch auch Serbien den Normalisierungsprozess untergräbt und Präsident Alexander Wucic immer wieder mit aggressiver Rhetorik auffällt.  
Innenpolitisch dürfte Kurti also gepunktet haben, doch international habe er die Position Kosovo weiter geschwächt, mein Süle Ukschini.  
Der Geschichtspräsident war während mehrerer Jahre Botschafter Kosovo in Albanien.  
Als kleines Land, sagt er, könne sich Kosovo diesen Streit nicht leisten.  
Kurti habe nicht nur gegen die diplomatische Gepflogenheit der Diskretion verstoßen, sondern auch inhaltlich, sei die Kritik falsch, sagt Ukschini.  
Klar, Leitschak habe in seiner Zeit als Außenminister der Slovakei gegen die Aufnahme Kosovos in die UNESCO gestimmt.  
Doch mittlerweile habe er eine andere Funktion und vertritt dabei als EU-Sonderbeauftragter die gemeinsame Position der EU sowie der USA.  
Die jetzige Situation können daher Kosovo nur schaden.  
Was das heißt, zeigt die Reaktion der EU auf die Aussagen Kurtis.  
Man habe vollstes Vertrauen in Leitschak, hieß es aus Brüssel.  
Und sollten Kosovo wie auch Serbien die Vereinbarungen nicht umsetzen, drohten weitere Konsequenzen.  
Dagegen profitiert Serbiens Präsident Alexander Wucic von der derzeitigen Situation.  
Er kann sich als verlässlicher Partner darstellen, ohne selbst Großzugeständnisse machen zu müssen.  
Für Süle Ukschini ist daher klar, Albin Kurti sollte in seiner Kommunikation zukünftig vorsichtiger sein.  
Allerdings scheint Angesichts des tiefsitzenden Misstrauens derzeit sowieso fraglich, ob die Verhandlungen über ein Normalisierungsabkommen in dieser Form überhaupt eine Zukunft haben.

Wenn irgendwo auf der Welt  
ein neues Windkraftwerk entsteht,  
dann ist es gut möglich,  
dass darin auch Bestandteile verbaut werden,  
die in der Schweiz entwickelt und gebaut wurden.  
Schweizer Unternehmen sind wichtige Zulieferer  
der globalen Windkraftbranche.  
Gleichzeitig kommt der Ausbau der Windkraft hierzulande  
jedoch nur langsam voran.  
Von den ersten Plänen für einen Windpark  
bis zur Inbetriebnahme vergehen in der Schweiz  
oftmals 20 und mehr Jahre  
wie der Bericht von Klaus Bananomi zeigt.  
In der ganzen Schweiz ist derzeit gerade  
ein Windpark im Bau,  
im watländischen St. Croix.  
Florence Schmidt, die Projektleiterin  
von Romant Energy, sagt dazu,  
Man muss investieren,  
viel Energie und viel Geld,  
um heute ein Parkiolien zu entwickeln.  
Man muss viel Geld und viel Energie investieren,  
um einen Windpark bauen zu können.  
Schon bald aber könnte sich auch auf dem Gelände  
des Industriekonzerns SFS  
in Herbruck im St. Galler Rheintal  
ein Windrad drehen.  
Das Unternehmen will möglichst viel Strom selber erzeugen,  
wie der Verantwortliche für die technische Infrastruktur  
Claudia Winter erklärt.  
Wir sind ein energieintensives Industrieunternehmen  
und wir hatten irgendwo das Ziel,  
dass wir 30% unserer Energie selbst erzeugen möchten.  
Uns ging der Platz aus,  
um weitere Photovoltaikanlagen zu bauen.  
So sind wir schlussendlich auf dieses Windbrech gekommen.  
Und 2025 soll das Windrad  
erstmals Strom liefern, hofft Claudia Winter,  
der das Projekt Ende August  
an der Windenergie-Tagung in Bern vorstellte.  
Die innovative Idee ist ganz im Sinn von Alexander Keberle,  
der beim Wirtschaftsdachverband Economy Swiss  
für Energie, Umwelt und Infrastruktur zuständig ist.  
Wir müssen bis 2050 2-mal mehr Strom produzieren,

wie wir das heute tun.  
Und dafür braucht es viel von allem.  
Und dazu gehört ganz klar auch die Windenergie.  
Doch für die Schweizer Wirtschaft  
sei die Windkraft auch aus einem zweiten Grund wichtig.  
Wir liefern wichtige Technologien,  
die im globalen Round-up die erneuerbaren Energien sehr wichtig sind.  
Schweizer Großunternehmen, KMUs und Start-ups  
tüfteln an Steuerungs- und Speicherlösungen  
und liefern wichtige Komponenten.  
Ein Beispiel in vielen Windrädern stecken Bestandteile,  
die im argauischen SINS  
im Produktionswerk von Schweiter hergestellt wurden,  
wie Unternehmenschef Roman Sonderecker erklärt.  
Diese Windrotorblätter werden immer größer und länger.  
Im Meer draußen können das schon mal so ein Blatt über 100 Meter sein.  
Das heißt, das müssen ganz große Kräfte aushalten können  
und dabei eben noch möglichst leicht sein.  
Die Hüllen dieser Blätter sind typischerweise  
Glasfasern verstärkter Kunststoff.  
Und im Innern wird damit Stegen und Holmen versteift  
und diese sind dann eben aus unseren Kernmaterialien gefertigt.  
Das ist entweder recykliertes Pet oder aber Balsa-Holz,  
das leichte Tropenholz,  
das man auch für den Bau von Modellflugzeugen verwendet.  
Wir sind weltweit der einzige Partner,  
welcher sowohl im Balsa die gesamte Wertschöpfungskette kontrolliert,  
also von der Pflanzung, Anbau, Ernte und Verarbeitung  
und auch im Pet global aufgestellt sind.  
In der Schweiz arbeiten etwa 100 Angestellte  
für den Windkraftbereich von Schweiter.  
Größere Standorte befinden sich in Polen, in den USA und in China,  
möglichst nahe an den Windkraftstandorten, erläutert Sonderecker.  
Typischerweise liefern wir den Baukasten,  
also die vorbereiteten Stege und Holmen,  
die sind dann in der richtigen Form  
und in der richtigen Reihenfolge vorbereitet,  
sodass der Windflügelproduzent diese nehmen kann  
und in die Form einlegen kann.  
Und dann geht dieser Windflügel auf die Baustelle  
und wird dann armondiert.  
Schweiter nimmt jährlich rund 160 Millionen Franken  
mit der Windkraft ein.  
Noch deutlich mehr, nämlich rund 400 Millionen,

sind es beim Windkraftzulieferer Gourith aus Wattwil.  
Dieser produziert allerdings ausschließlich im Ausland.  
Doch auch der kleine Schweizer Markt bietet ein beträchtliches Potenzial.  
Dies besagt jedenfalls eine Untersuchung  
im Auftrag der Schweizerischen Energiestiftung.  
Bis 2035 sei eine Wertschöpfung im Inland  
von gut 700 Millionen Franken zu erwarten.  
Und wenn der Ausbau beschleunigt würde,  
wären gar fast 3 Milliarden möglich,  
was Arbeitsplätze für 2.500 Personen schaffen würde.  
Doch dies ist wohl Zukunftsmusik,  
angesetzt des langsamen Schweizer Windkraftausbaus.  
Klaus Bonanomi.  
Das war der 6. Zeit am Samstag,  
dem 23. September, mit der Redaktionsschluss um 18.27 Uhr,  
verantwortlich für die Sendung ist Markus Hofmann  
für die Nachrichten Patrick Seiler.  
Mein Name ist Matthias Kündig.